

Juncker-Kommission legt Arbeitsprogramm 2017 vor

Am 25. September hat die Juncker-Kommission dem Europaparlament ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2017 vorgelegt. Das Programm konzentriert sich auf 10 Prioritäten der Politischen Leitlinien, die sich die Juncker-Kommission zu Beginn ihrer Amtszeit gegeben hat.

Jedes Jahr verabschiedet die EU-Kommission ein Arbeitsprogramm für das folgende Jahr. Das Programm dient als Information der Öffentlichkeit sowie der Ko-Gesetzgeber über die politischen Pläne der Kommission, neue Initiativen vorzulegen, laufende Vorschläge zurückzuziehen und bestehende EU-Gesetzgebung zu revidieren.

Auf der Basis des jetzigen Arbeitsprogramms werden Kommission, Parlament und Rat nun eine Erklärung mit gemeinsamen, für wichtig erachteten Zielen und Prioritäten für 2017 erarbeiten, um wirksame Lösungen hervorzubringen und konkrete Ergebnisse zu erreichen. Dieses Verfahren ist neu und trägt der Tatsache Rechnung, dass Europa verstärkt unter Erfolgszwang steht.

Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker erklärt dazu: „Wir konzentrieren uns auf die wichtigen Dinge, auf konkrete Maßnahmen, die das Leben der Menschen verbessern. Im Vorfeld des 60jährigen Jubiläums der Römischen Verträge im kommenden März sollten wir uns auf eine positive Tagesordnung verständigen. In den kommenden Wochen werde ich – zusammen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat – eine Reihe politisch besonders bedeutsamer Initiativen auswählen, die im Gesetzgebungsprozess in den kommenden Monaten Vorfahrt haben sollen. So sieht ein Europa aus, das hält, was es verspricht.“

Insgesamt schlägt die Kommission 21 Schlüssel-Initiativen im Rahmen der 10 Juncker-Prioritäten vor. Diese sind unter anderem:

- Die Kommission will zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen eine Initiative im Jugendbereich, einen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft und einen mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen;
- eine Halbzeitüberprüfung der Situation beim digitalen Binnenmarkt;
- bei den Maßnahmen zur Umsetzung der Energieunion: Arbeitsschwerpunkt auf emissionsarme Verkehrsmittel und emissionsarme Mobilität;
- der Binnenmarkt soll vertieft und gerechter gestaltet werden durch Umsetzung der Binnenmarktstrategie, der Weltraumstrategie für Europa und des Aktionsplans für eine Kapitalmarktstrategie sowie durch Vorschläge für eine fairere Unternehmensbesteuerung;
- die Kommission wird Reformvorschläge für eine EU mit 27 Mitgliedstaaten machen, die Wirtschafts- und Währungsunion stärken und eine Europäische Säule der sozialen Rechte vorschlagen;
- Umsetzung der Strategie „Handel für Alle“, Fortsetzung der Handelsgespräche mit Partnerländern und gleichzeitig Stärkung der handelspolitischen Schutzinstrumente;
- weitere Arbeit an der Verwirklichung einer Sicherheitsunion zur Bekämpfung des Terrorismus; die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten und der Privatsphäre sollen angepasst werden;
- die Europäische Migrationsagenda wird weiter umgesetzt werden;
- um Europas Rolle auf der internationalen Bühne zu stärken, wird die Europäische Kommission einen Aktionsplan vorlegen, zu dem auch ein Europäischer Verteidigungsfonds gehören wird, sowie eine EU-Strategie für Syrien entwickeln und die globale EU-Strategie und die Partnerschaft EU-Afrika implementieren;

- bestehende Rechtsakte werden mit den Vertragsvorschriften über delegierte und Durchführungsrechtsakte in Einklang gebracht. Weiterhin wird die Kommission größere Anstrengungen unternehmen, um das EU-Recht durchzusetzen.

Es bleibt zu hoffen, dass mit diesem umfangreichen Arbeitsprogramm der Kommission Europa im kommenden Jahr konkrete Fortschritte bei der Lösung der „großen“ politischen Herausforderungen wie auch bei der Weiterentwicklung der Einzellösungen macht.

[Jan Eggert]

BGA AKTUELL

BGA im Dialog mit Kommissarin Malmström und Stéphane Chardon, DG Trade

Die Export Working Group des europäischen Dachverbands EuroCommerce tagte unter der Leitung von Gregor Wolf, BGA-Geschäftsführer und Hauptabteilungsleiter Außenwirtschaft, Mitte Oktober in Brüssel. Aufgrund des kurz zuvor veröffentlichten Kommissionsentwurfs zur Überarbeitung der Dual-Use-Verordnung stand dieses Thema im Fokus der Sitzung. Im Dialog mit Stéphane Chardon, Generaldirektorat Handel der Kommission, wurde der Entwurf, sein Entstehen und die Anliegen der einzelnen EuroCommerce-Mitglieder besprochen. Auf Rückfrage bestätigte er, dass eine extraterritoriale Wirkung der europäischen Exportkontrollpolitik bewusst aufgenommen wurde. Die Dual-Use-Reform solle zudem nicht nur den aktuellen sicherheitspolitischen und technologischen Entwicklungen gerecht werden, sondern auch ein Level Playing Field unter den europäischen Exporteuren schaffen.

EuroCommerce sowie auch der BDEx gemeinsam mit dem BGA selbst haben in Positionspapieren bereits Stellung zu den Vorschlägen bezogen. Beide Institutionen werden ihre Anliegen weiterhin bei den europäischen und deutschen Behörden flankieren, damit dem Handel nicht weitere regulatorische Bürden aufgesteckt werden.

Am Folgetag tagte dann der Vorstand von EuroCommerce. Zu Gast war Kommissarin Cecilia Malmström, die einen Überblick über die aktuellen handelspolitischen Themen gab. Der BGA nutzte die Gelegenheit und brachte die Dual-Use Problematik nochmals zur Sprache. Kommissarin Malmström betonte, dass man um eine Verhältnismäßig-

keit zwischen den Belastungen für die Wirtschaft und den zu erreichenden Zielen bemüht sei. Auch bot Sie an, für weitere Gespräche zur Verfügung zu stehen.

[Gregor Wolf und Andrea Hideg]

CITHA-Mitgliederversammlung – Jan Krückemeyer neuer Präsident

Am 3. Oktober fand in Sevilla die diesjährige Tagung der Confederation of International Trading Houses Associations (CITHA) statt. Gemeinsam mit Vertretern der europäischen Außenhandelsverbände wurden aktuelle Außenwirtschaftsthemen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Die Tagung fand statt bei der Andalusischen Agentur für Außenwirtschaftsförderung Extenda. Zu den Fachvorträgen gehörte unter anderem auch ein Vortrag des Leiters der Außenhandelsfinanzierung der Bank Santander.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der CITHA fanden darüber hinaus auch die Wahlen des Vorstandes statt. Seit September 2010 füllte Hans-Jürgen Müller dieses Amt engagiert und mit großer Umsicht aus. Mit großer Erfahrung gestaltete und begleitete er die Neuausrichtung dieses europäischen Verbandes. In diesem Jahr nun kandidierte er nicht wieder, sondern schlug Jan Krückemeyer, Vizepräsident des BGA, als seinen Nachfolger vor. Krückemeyer wurde in der Mitgliederversammlung einstimmig als neuer Präsident gewählt. Müller wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der BGA gratuliert Krückemeyer herzlich zu seiner Wahl und freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

[Gregor Wolf]

BDIU begrüßt CDU/CSU-Grundsätze zur Verbraucherpolitik

„Wir begrüßen das neue Grundsatzpapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verbraucherpolitik“, sagt Kirsten Pedd, Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU), in Berlin. „Die Union geht darin von einem mündigen und selbstbestimmten Verbraucher aus. Das entspricht auch unserem Verständnis.“

„In dem Papier heißt es sehr richtig, dass das Waren- und Dienstleistungsangebot wächst und die Wirtschaft immer komplexer wird“, so Pedd. „Um das zu bewältigen, braucht man eine gute Alltags- und Finanzkompetenz.“ Pedd verweist in diesem Zusammenhang auf Umfragen der Inkassofirmen zum Zahlungsverhalten. „Wir wissen, dass insbeson-

dere junge Schuldner oft über kein ausreichendes Finanzwissen verfügen. Wir fordern daher schon seit vielen Jahren, dass der Umgang mit Geld und das Vermeiden von Schulden fester Bestandteil des Schulunterrichts werden müssen.“

Pedd weiter: „Verbraucher brauchen klare und leicht verständliche Informationen, damit sie aus eigener Verantwortung heraus handeln können. Hier sehen wir uns als Branche in der Pflicht. Aus einer wissenschaftlichen Untersuchung, deren Ergebnisse uns vorliegen, wissen wir, dass sich unsere Mitgliedsunternehmen vorbildlich an die auch gesetzlich vorgeschriebenen Darlegungs- und Informationspflichten im Inkasso halten.“

Diese Regeln gelten in der Form seit 2014. Im kommenden Frühjahr will das zuständige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) die Einhaltung und die Wirksamkeit dieser Regeln evaluieren. „Wir bieten dazu unsere Zusammenarbeit an“, so die BDIU-Präsidentin.

📄 Pressemitteilung vom BDIU (Auszug) vom 31. Oktober 2016

AUSSENWIRTSCHAFT

Importpreise im September 2016: - 1,8 % gegenüber September 2015

Die Einfuhrpreise waren im September 2016 um 1,8 % niedriger als im September 2015. Im August 2016 hatte die Jahresveränderungsrate - 2,6 % betragen, im Juli 2016 hatte sie bei - 3,8 % gelegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stiegen die Importpreise im September 2016 gegenüber August 2016 geringfügig um 0,1 %.

📄 Destatis-Pressemitteilung vom 26. Oktober 2016

BGA wird Mitglied des Steuerungsausschusses der „Nationalen Allianz für Handelserleichterungen“

Die „Nationale Allianz für Handelserleichterungen“ wurde auf einer Veranstaltung des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit Mitte Oktober in Berlin ins Leben gerufen. Sie koordiniert die deutschen Aktivitäten zur Umsetzung der Globalen Allianz des WTO-Abkommens zu Handelserleichterungen. Ziel der Globalen Allianz ist es, Reformen im Bereich der Zollabwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch gezielte PPP-Projekte zu beschleunigen.

BGA ist Teil des Steuerungsausschusses der Nationalen Allianz und vertritt darin die Interessen der KMUs. Weitere Mitglieder des Steuerungsausschusses sind der BDI, DIHK, die Unternehmen DHL, Siemens und Dräger. Im Rahmen der nationalen Allianz wurde eine Handvoll neuer Länder in die engere Auswahl für mögliche Projekte genommen: Brasilien, Argentinien, Ägypten, Indonesien, Südafrika. Bezüglich der genannten Länder hat jeweils ein größeres Unternehmen Interesse angemeldet, ein PPP-Projekt dort umzusetzen. Für BGA-Mitgliedsunternehmen besteht die Möglichkeit, bei einem dieser Projekte mitzuwirken.

Der Ratifizierungsprozess des WTO-Abkommens zu Handelserleichterungen schreitet derweil voran. Ende September hat Bangladesch das Abkommen ratifiziert; damit haben zum jetzigen Zeitpunkt 93 Länder oder 85 Prozent der zum Inkrafttreten notwendigen Anzahl an WTO-Mitgliedern das Abkommen ratifiziert.

📄 Marcus Schwenke

EU und Kanada unterzeichnen CETA

Die Europäische Union und Kanada haben vergangenes Wochenende das Freihandelsabkommen CETA unterzeichnet. Vorausgegangen war eine innerbelgische Einigung, die auch die belgische Wallonie und weitere Teileinheiten Belgiens an Bord und damit die nötige Unterstützung durch alle 28 EU-Mitglieder brachte. CETA ist das erste solche Abkommen der EU mit einem G7-Staat. Es sieht die Aufhebung der Zölle auf rund 99 Prozent der Waren vor. Laut EU-Kommission können damit bei europäischen Exporten nach Kanada über 500 Mio. € pro Jahr eingespart werden. Darüber hinaus werden die Märkte für zahlreiche Dienstleistungen geöffnet und europäische Unternehmen können sich in Kanada künftig nicht nur auf föderaler Ebene, sondern erstmals auch auf der Ebene der Provinzen und Gemeinden um öffentliche Aufträge bewerben. Im Bereich des Investitionsschutzes enthält CETA einen neuen Ansatz: Die bisher üblichen privaten Schiedsgerichte, die ausländische Investoren bei Konflikten mit dem Gaststaat anrufen können, werden durch ein öffentliches Investitionsgerichtssystem mit Berufsrichtern und einer Berufungsinstanz ersetzt. Die Fälle, in denen dieses System angerufen werden kann, wurden enger begrenzt. CETA muss nun dem Europäischen Parlament zur Zustimmung vorgelegt werden. Stimmt es zu, können große Teile des Vertrags - voraussichtlich ab dem Frühjahr 2017 – vorläufig angewandt werden. Da CETA noch

von den Mitgliedstaaten ratifiziert wird, droht weiterhin die Gefahr, dass es an der Ablehnung eines einzigen nationalen Parlaments scheitert.

[Marcus Schwenke]

KONJUNKTUR

Firmenchefs versprühen Optimismus

Der ifo-Geschäftsklimaindex notiert derzeit den höchsten Stand seit Mai 2014. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich demnach deutlich verbessert. Die Geschäftserwartungen haben sich im September gegenüber dem August merklich verbessert. Die Unternehmen blicken deutlich optimistischer auf die kommenden Monate. Auch die aktuelle Geschäftslage bewerteten sie wieder besser. Nach der Einschätzung des ifo Instituts München erwartet die deutsche Wirtschaft einen goldenen Herbst.

Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Index weiter, was vor allem auf die optimistischere Bewertung der Aussichten zurückzuführen ist. Solch ein starker Anstieg des Erwartungsindicators war zuletzt kurz nach der Finanz- und Wirtschaftskrise zu beobachten. In nahezu allen wichtigen Industriebranchen legte der Geschäftsklimaindex zu. Nach zuletzt deutlichen Rückgängen stieg nun auch der Klimaindex im Groß- als auch im Einzelhandel. Im Großhandel hatten vor allem die Unternehmen ihre Geschäftserwartungen merklich besser bewertet als im Vormonat. Im Bauhauptgewerbe erreichte der Geschäftsklimaindex ein neues Rekordhoch. Die aktuelle Geschäftslage wurde noch nie so gut wie derzeit bewertet. Ferner rechnen die Unternehmen im Baugewerbe sogar mit einer weiteren Verbesserung in den kommenden Monaten, so der Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest vom ifo Institut abschließend.

[Moritz Melchior]

UMWELT- UND ENERGIEPOLITIK

Stellungnahme zum Grünbuch Energieeffizienz

Das Bundeswirtschaftsministerium hat im August 2016 das Grünbuch Energieeffizienz veröffentlicht. Damit soll die Diskussion für Strategie zur Senkung des Energieverbrauchs durch effiziente Nutzung von Energie für die Jahre nach 2020 in Deutschland beginnen. Das Bundeswirtschaftsministerium schlägt dabei folgende Leitlinien vor, die das ge-

samte Grünbuch durchziehen: In allen Sektoren soll der Energiebedarf deutlich und dauerhaft verringert werden und die direkte Nutzung Erneuerbarer Energien favorisiert werden. Außerdem soll erneuerbarer Strom in anderen Sektoren effizient eingesetzt werden (Sektorkopplung).

Der BGA weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Energieeffizienz entscheidend für das Gelingen der Energiewende ist. Die Energieeffizienz als verbessertes Verhältnis von Energieeinsatz und Produktergebnis ist sicherlich hilfreich bei der Co2 Einsparung. Auch sieht der BGA im Wärmemarkt noch ein großes Potenzial für effizientere Technologie. Dies gilt vor allem im Gebäudebereich. Gleichzeitig muss gesehen werden, dass der Handel bereits in vielen Bereichen energieeffizient ist, gerade auch weil er nicht von der EEG-Umlage befreit ist und dadurch erheblichen Kosten ausgesetzt ist. Aus BGA Sicht müssen ferner bei allen Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden. Keinesfalls darf das Ziel eine „Energieaskese“ sein, die letztlich die Produktion nur in andere Teile der Welt verlagert. Bei der zukünftigen Ausgestaltung muss vor allem auf einen technologieutralen Ansatz abgestellt werden, um so Innovation zu ermöglichen.

[Michael Faber]

Zitat der Woche

»Wir sind bereit, willens und fähig, alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente einzusetzen, um Konjunktur und Inflation in der Euro-Zone weiter anzukurbeln – wenn sich denn zeigen sollte, dass das Votum in Großbritannien mittelfristig negative Effekte hat.«

Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB)

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 4. November 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich